

CDU blieb der Etatabstimmung fern

Erneut heftige Vorwürfe im Nackenheimer Gemeinderat / Darlehen zur Schulbaurestfinanzierung

H.2 - 4.07.1968

Nackenheim. Mit den zehn Stimmen der Freien Liste Grünewald und der SPD-Fraktion wurde in öffentlicher Gemeinderatssitzung nach dreimaliger Beratung die Haushaltsatzung für 1968 verabschiedet. Die CDU-Fraktion blieb der Sitzung fern und hatte lediglich Beigeordneten Usinger und die Ratsmitglieder Knab und Petri zur Beobachtung entsandt. Der Etat sieht im ordentlichen Teil Einnahmen von 840 038 Mark und Ausgaben von 954 043 Mark vor, schließt also mit einem Fehlbedarf von 114 000 Mark.

Erster Beigeordneter Paul Schneider verlas ein Schreiben der CDU-Fraktion, die ihr Fernbleiben mit der Behauptung begründete, Wählergruppe Grünewald und SPD hätten die Ratssitzung am 14. Juni nur deshalb verlassen, weil sie an diesem Abend nicht über die absolute Mehrheit verfügten. Dadurch sei die Verabschiedung des Etats verzögert worden. Liste Grünewald und SPD hätten außerdem verhindert, daß der bereits vollzogene Ausbau des oberen Teils der Weinbergstraße vom Haupt- und Finanzausschuß geprüft werde.

Die CDU-Fraktion kreierte ferner an, daß Liste Grünewald und SPD die Jagdpachtrücklage zur Anschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeugs verwenden wollen, obwohl eine andere Finanzierung geplant gewesen sei. Den Anliegern des Kuh- und Mühlweges gehe dadurch ein Zuschuß von 6000 Mark verloren. Die CDU-Fraktion, so hieß es in dem Schreib-

ben weiter, verzichte, an der Etatverabschiedung teilzunehmen, und überlasse es den anderen Fraktionen, weitere 130 000 Mark als Darlehen zur Finanzierung des Schulneubaus aufzunehmen.

Ratsmitglied Josef Gabel (Freie Liste) erwiderte, die erste Etatberatung sei gescheitert, weil Gefahr bestanden habe, daß ein CDU-Antrag, mit dem ein früherer Ratsbeschluß aufgehoben worden wäre, durchgehe. Bei der zweiten Beratung habe Beigeordneter Usinger den Vorsitz geführt und sich mit dem Gedanken getragen, den Vorsitz kurzfristig abzugeben, um sich mit seiner Fraktion zu besprechen. Dies vereinbare sich nicht mit der Überparteilichkeit des Vorsitzenden.

● Gabel warf dem Zweiten Beigeordneten vor, als Vorsitzender gegen Haushaltsplan und Satzung gestimmt zu haben, obwohl er vorher erklärt habe, er werde vom geschäftsführenden Ersten Beigeordneten Schneider gut informiert. Usinger

hätte daher wissen müssen, wie dringlich die Verabschiedung des Etats gewesen sei. Er sei der Gemeinde jedoch in den Rücken gefallen. Nur Usinger trage Schuld, daß der Etat so spät verabschiedet werde.

Beigeordneter Usinger und die beiden CDU-Ratsmitglieder verließen nach dieser Erklärung aus Protest die Sitzung.

Beigeordneter Schneider hatte zuvor festgestellt, die Gemeinde könne seit Monaten keine Auszahlungen mehr tätigen. Die Gemeinde werde durch Verzugszinsen unnötig belastet. Deshalb sei es dringlich, den Etat zu verabschieden. Dies geschah mit den Stimmen der zehn anwesenden Ratsmitglieder. Mit der Stimme des Beigeordneten wurde ferner einmütig die Aufnahme eines Darlehens von 130 000 Mark zur Restfinanzierung des Schulneubaus beschlossen. Diese Summe macht den außerordentlichen Haushaltsplan aus. Das Darlehen, so erklärte Beigeordneter Schneider, werde abgelöst, wenn die beiden alten Schulhäuser verkauft seien. m

Archiv. Ollig